



Alternativantrag

der Fraktion der SPD

zu „Soziale Marktwirtschaft als wirtschaftspolitisches Leitbild stärken“ (Drs. 19/1513)

Soziale Marktwirtschaft erfolgreich durch Werteorientierung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekennt sich zu einem aktiven Staat, der die wirtschaftliche Entwicklung nicht allein den ungebremsten Kräften des Marktes überlassen will. Die soziale Marktwirtschaft dient dabei als wirtschaftspolitischer Ordnungsrahmen, in dem die Tarifpartner dazu beitragen, eine wertegebundene Politik zu prägen. Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt. Für eine wertegebundene soziale Wirtschaftspolitik müssen u. a. folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- Weiterentwicklung der Mitbestimmung.
- Ausweitung der Tarifbindung in den Unternehmen.
- Ausbau der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.
- Förderung der Sozialpartnerschaft zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgebern.
- Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung und eine Ausbildungsgarantie für jeden Jugendlichen.
- Verbot der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen.
- Gleiche Entlohnung und Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen und für Leih- und Werkvertragsarbeiter, wie für festangestellte ArbeitnehmerInnen.
- Stärkung des Arbeitsschutzes.

- Anhebung des Mindestlohns auf ein Niveau, das eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantiert.
- Regulierung eines Wohnungsmarktes, der für alle Einkommensgruppen und Altersgruppen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum bereitstellt.

Begründung:

Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit vielen Jahren. Reallöhne steigen und es gibt wieder mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Die Schleswig-Holsteinische Wirtschaft und die ArbeitnehmerInnen des Landes haben an dieser erfolgreichen Entwicklung einen maßgeblichen Anteil. Trotz dieser positiven Tendenz fällt Schleswig-Holstein beim Ländervergleich bei der durchschnittlichen Lohnentwicklung durch. Aus Gewerkschaftssicht ist Schleswig-Holstein der „Lohnkeller“ im Westen. Gleichzeitig findet auf dem Wohnungsmarkt ein Marktversagen in Hinblick auf die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum statt. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass der Staat in Einzelfällen innerhalb der sozialen marktwirtschaftlichen Ordnung seine Steuerungsfunktion wahrnimmt. Ebenso bedürfen tiefgreifende Veränderungen im Rahmen der Digitalisierung und der ökologischen Transformation unserer Wirtschaft, der staatlichen Begleitung bzw. Steuerung.

Die soziale Marktwirtschaft muss die ökonomischen Grundlagen für eine Gesellschaft schaffen, in der es sich gut und sicher arbeiten und leben lässt. Eine starke und erfolgreiche Wirtschaft ist die Grundlage für Vollbeschäftigung, für wachsenden Wohlstand und eine stabile demokratische Grundordnung. Zugleich ist sie die Voraussetzung für einen Sozialstaat, der aktiv und wirksam soziale Gerechtigkeit, persönlichen Schutz und öffentliche Ordnung gewährleistet.

Thomas Hölck
und Fraktion